



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/45 - 23.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Eine Niederlage des Welt-Kommunismus	S. 1
Die Tagung des Nordischen Rates	S. 3
Die Krise in der DP von Nordrhein-Westfalen	S. 5
Befremdende Entscheidung gegen Konsumgenossenschaft	S. 6

Österreich gab ein Beispiel

(sp) Die österreichischen Sozialisten ziehen zum ersten Male seit 1945 als stimmenmäßig stärkste Partei in das Wiener Parlament ein, obwohl sich dies bei der Eigentümlichkeit des österreichischen Wahlgesetzes nicht auch in Mandaten ausdrückt. Ihre stärkste Konkurrentin, die Österreichische Volkspartei, hat den beherrschenden Vorsprung verloren. Zwar besitzt sie mit 74 Mandaten ein Mandat mehr, aber sie liegt mit rund 30000 Stimmen im Rückstand hinter der SPÖ. Die österreichischen Sozialisten vermochten nicht nur den Wählerzuwachs von 18000 aufzufangen, es gelangen ihnen auch wesentliche Einbrüche in die Reihen der ÖVP und der Partei der sogenannten Unabhängigen - einer Rechtsgruppe, der vor den Wahlen in einem Teil der deutschen Presse reichlich Vorschußlorbeeren ausgeteilt wurden. Etwas zu voreilig, wie es sich erwies. Statt des erhofften Mandats- und Stimmengewinns erlitt sie mit dem unerwarteten Verlust von zwei Mandaten einen empfindlichen Rückschlag.

Mit vier Mandaten stellen die Kommunisten die kleinste und unbedeutendste Gruppe im Parlament. Dreimal wechselten sie seit 1945 ihren Namen. Bei den vorletzten Wahlen traten sie als Linksblock und jetzt als sogenannte "Volksopposition" auf. In beiden Fällen waren die Tarnungen zu durchsichtig, um einen Erfolg zu versprechen. Der unmittelbare Anschauungsunterricht sowjetischer

Ausbeutungsmethoden in den von den Sowjetrussen besetzten Teilen Österreichs und die Nähe des Eisernen Vorhanges brachten die kommunistische Propaganda um jede Wirkung. Österreich war durch viele Jahrhunderte mit den Tschechen und Ungarn eng verbunden. Die Hauptstadt Wien war auch die Hauptstadt für Böhmen, Mähren und die Magyaren. Viele tausend Flüchtlinge aus diesen Ländern zeugen mit ihren körperlichen Wundmalen von der Brutalität des bolschewistischen Terrors. Die Schatten der jenseits der Grenze errichteten Galgen schrecken ab. Das österreichische Volk wählte die Freiheit und den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg. Hier hat der Welt-Kommunismus eine unblutige Niederlage erlitten, deren politische Auswirkungen in ganz Europa zu spüren sein werden.

Der Wahlkampf verlief in ungewöhnlich ruhigen Formen. Es ging vor allem um wirtschaftliche Fragen, die alle Menschen im Lande irgendetwas betrafen oder bewegten. Außenpolitische und kulturpolitische Themen sind fast überhaupt nicht berührt worden. In der Außenpolitik gab und gibt es zwischen den beiden Säulen der österreichischen Demokratie, der katholischen Volkspartei und den österreichischen Sozialisten, keine Meinungsverschiedenheiten. Beide Parteien sind sich über die Notwendigkeit eines Staatsvertrages und der Wiedererringung der völligen Souveränität Österreichs einig, beide Parteien lehnen Wege ab, die diese Ziele gefährden. Würde Österreich, wie es die deutsche Bundesregierung zu tun im Begriffe ist, einseitig mit einem Teil der Besatzungsmächte einen Friedensvertrag oder eine friedensvertragähnliche Regelung abschließen, wäre das gleichbedeutend mit der engültigen Spaltung dieses Landes, mit dem Verlust der sowjetischen Besatzungszone und Wiens - eine Verantwortung, die kein österreichischer Staatsmann auf sich zu nehmen bereit ist.

Sozialisten und Österreichische Volkspartei tragen seit 1945 gemeinsam die Regierungsverantwortung. Es hat bisher in keinem europäischen Lande ein solches Wahlergebnis gegeben, das die "Verschleiß-These" so ad absurdum geführt hat, wie es in Österreich geschah, obwohl diese Koalitionsregierung seit ihrem Bestehen schwerwiegende Entscheidungen zu fällen gehabt hatte, und obwohl zwischen diesen Parteien auch der Schatten der Februar-Ereignisse von 1934 liegt. Die in ihrem Kern katholische Volkspartei beging unter der Leitung des Bundeskanzlers Figl - eines Repräsentanten des sozialbewußten Bürger- und Bauerntums - nicht den Fehler ihrer Vorgängerin, der Christlich-Sozialen, die Alleinherrschaft im Staate anzustreben. Zum Unterschied von der deutschen CDU ist das Übergewicht eines restaurativen und kapitalistischen Flügels nicht groß. Die rechtsradikalen Unabhängigen haben es sich manche Mühe kosten lassen, die Volkspartei zu gewinnen. Diese zeigte bisher keine Neigung, sich auf Experimente einzulassen, die ihr das Schicksal der CDU beschieden hätten, Opfer ihrer rechtsradikalen Verpflichtungen zu werden. Bezeichnend ist, daß Dr. Jachim, Vertreter von Kardinal Innitzer, vor den Wahlen die Gläubigen offen aufgefordert hat, die Belange der religiösen Sozialisten vor die der Industriellen zu stellen.

In der klaren Absage an jeden Rechts- und Linksradikalismus und in dem überzeugenden Sieg der österreichischen Sozialisten liegt die Bedeutung dieser Wahlen. Sie sind ein gutes Omen für die kommenden Wahlen in Italien, in der Bundesrepublik und vielleicht auch in Großbritannien. Sie zeigen, daß die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus im Anstieg sind, eine Tendenz, die weder die USA noch die Sowjetunion leicht übersehen können.

Noch ein weiter Weg zur skandinavischen Union

KRK - Kopenhagen

Die Tagung des Nordischen Rates geht nun dem Ende zu. Sie hat ungefähr das gehalten, was ihre Anreger sich von ihr versprochen hatten.

Von vornherein ist es klar gewesen, daß außenpolitische Fragen nicht erörtert würden. Dazu sind die Unterschiede in der Außenpolitik der einzelnen nordischen Länder viel zu groß. Dänemark und Norwegen gehören dem Atlantikpakt an. Schweden hält an seiner Neutralitätspolitik fest. Finnland hat sich überhaupt ferngehalten und durch seine Beobachter erklären lassen, es werde sich an den Tagungen des Rates nur beteiligen, wenn finnische Angelegenheiten behandelt werden sollen; es wolle die außenpolitischen Bindungen beachten, die sich für Helsinki aus dem finnisch-russischen Friedenstraktat ergäben.

Von norwegischer Seite hat man mit ausgesprochener und mit Ironie gemischter Skepsis nicht hinter dem Berge gehalten. Der konservative Hambro hatte gleich bei der Eröffnung erklärt, die Tagung brauche Papierkörbe für die Aufnahme einiger phantasievoller Projekte; er selbst halte von Unionen nichts, welchen Schleges sie auch seien. (Es ist ja noch nicht fünfzig Jahre her, daß die schwedisch-norwegische Union aufgehört hat). Hambro bekam seinen Papierkorb; der Däne Hedtoft, der die Union am eifrigsten befürwortet und zum Vorsitzenden gewählt worden war, hatte ihn eigenhändig und lächelnd vor den Platz des konservativen Skeptikers aus Norwegen gestellt. Auch der Schwede Undén hat sich bemüht gesehen, Wasser in den Wein zu gießen; nach seiner Ansicht sind Erhebungen und Untersuchungen nicht Sache des Rates, sondern der einzelnen Regierungen.

Nun haben jedoch die Befürworter des Rates von vornherein nicht die Illusionen gehabt, die ihnen Hambro vorwirft, und es ist nicht viel für den Papierkorb geschrieben worden. Man will, daß sich die Arbeit des Rates in ungezwungener Weise entwickle, indem er sich zunächst über die weniger schwierigen Dinge einigt und die anderen erst reifen läßt.

So hat sich der Rat für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der nordischen Länder ausgesprochen, ohne sich freilich auf

einzelne Empfehlungen festzulegen, es sei denn, man sieht von den postalischen Vorschlägen ab. Diese gehen darauf aus, einheitliches Porto zu schaffen, wie überhaupt zu einer nordischen Post-, Telegraphen- und Telefonunion zu kommen.

Auf sozialpolitischem Gebiete will man so weit kommen, daß alle Arten von Versicherungen und Ansprüchen wie Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, vereinheitlicht werden, so daß jeder nordische Bürger in jedem nordischen Lande dieselben Vorteile genießt. Dasselbe gilt für die Alters- und Invalidenpensionen.

Auch das Staatsbürger- und das Eherecht sollen eine noch bessere Angleichung erfahren. In den Rechtsfragen herrscht die größte Übereinstimmung. Die Passkontrolle, die zwischen den nordischen Ländern praktisch aufgehoben ist, soll an die nordischen Grenzen verlegt werden, was bedeuten würde, daß etwa in Flensburg neben den dänischen auch norwegische und schwedische Grenzpolizisten Dienst täten. Die internordische Valutakontrolle soll aufhören, weitere Zollerleichterungen sollen angestrebt werden. Der Bau der Brücke über den Öresund zwischen Kopenhagen und Malmö, auf 800 Millionen schwedischer Kronen veranschlagt, wird jedoch noch auf sich warten lassen.

Die Tagung des Nordischen Rates hat zweifellos die bestmöglichen Ergebnisse gezeitigt und große Worte vermieden. Sie ist ein weiterer Schritt nach vorwärts in der überlieferten Zusammenarbeit der nordischen Länder !

+ + +

Dänische Verfassungsreform

(sp) Die dänische Regierung hat dieser Tage den Entwurf einer Verfassungsänderung vorgelegt. Danach soll "Landetinget", eine Art Oberhaus, abgeschafft werden, so daß Dänemark zum reinen Einkammersystem übergehen würde, wobei der Reichstag 179 Mitglieder haben soll. Das Wahlbarkeitsalter, das zum jetzigen Landsting 35 und zum Folketing 25 Jahre beträgt, soll für den neuen Rigsdag auf 23 oder gar 21 Jahre herabgesetzt werden, wofür eine Volksabstimmung entscheiden soll. Falls der König keine Söhne hat, soll die Thronfolge in Zukunft auch auf Töchter übergehen können.

Der Vorschlag zur Verfassungsänderung enthält ferner die Verankerung des parlamentarischen Regierungssystems in der Verfassung selbst. Bis jetzt war der Regierungswechsel im Falle des Misstrauensvotums nur eine parlamentarische Gewohnheit, zu der die Verfassung nicht verpflichtete. Sollten am 28. Mai d. J. 45 Prozent der Wähler für die Verfassungsänderung stimmen, dann kann der neue Einkammer-Reichstag im Oktober zusammentreten, da die Wahlen im September stattfinden sollen.

+ + +

Säuberung in der Deutschen Partei ?

(sp) Nach der Suspendierung des Landesvorsitzenden Schwecht und dreier seiner Mitarbeiter hat das Direktorium der Deutschen Partei nun den ganzen nordrhein-westfälischen Landesverband aufgelöst. Damit ist die Aufspaltung des Landesverbandes Wirklichkeit; denn mit Schwecht, Windahl und ihren Freunden wird ein wesentlicher Teil der DP-Anhänger ins Lager der "Nationalen Sammler" gehen.

Auf der anderen Seite bleibt es eine offene Frage, ob der neue Landesverband, den nach Informationen aus Düsseldorf u.a. Freiherr von Ledebour organisieren soll, demokratischer sein wird, als der bisherige. Die Ursachen für die Krise in der nordrhein-westfälischen DP-Gruppe liegen in der politischen Konstitution der Gesamtpartei und nicht in der einer ihrer Landesverbände. Seit Hellwege in Goslar als geschlagener Mann noch einmal den Parteivorsitz abgetreten bekam, ist die Entwicklung der DP in absolut extremer Rechtsrichtung nicht verlangsamt, sondern beschleunigt worden. Nicht Hellwege ist der Chef der Partei, sondern jene Leute sind es, die sich in Goslar durchsetzten, aber den Zeitpunkt, auch nach außen die Führung zu übernehmen, noch nicht als gegeben ansehen. Die Auflösung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes kann daher nicht als Beginn einer Selbstreinigung der Deutschen Partei im Sinne einer echten Demokratisierung gewertet werden, sondern sie ist ein Ausdruck der Führungskämpfe zwischen den nach rechts drängenden Kräften.

Die Seeböhm, Derichsweilers und die Ehrichs wissen, daß sie in einer "Freien Deutschen Partei" der "Nationalen Sammlung" keine Rolle spielen würden. Darum gingen sie gegen die Gruppe vor, die zu einer solchen Sammlung bereit war und die entsprechenden inoffiziellen Verhandlungen mit Mittelhaue und seinen noch von der NSDAP geschulten Mitarbeitern führte. Im Wettlauf nach rechts sind die in der DP bestimmenden Kräfte und die nordrhein-westfälische FDP Konkurrenten. Der nächste Parteitag der DP wird das in aller Eindeutigkeit bestätigen.

Daß der nordrhein-westfälische Landesverband der DP im Laufe der Zeit die gleichen Verbindungen zu früheren und heutigen Nationalsozialisten aufgenommen hatte wie Mittelhaue, war zwangsläufig. Wie weit dabei ein direkter Zusammenhang mit der Naumann-Gruppe besteht, bleibt abzuwarten. Nach vorerst unbestätigten Informationen soll das beschlagnahmte Material der Naumann-Gruppe darüber interessante Aufschlüsse

geben. Dabei soll die vom DP-Direktorium gerügte "Verbrüderung mit destruktiven Elementen" schon über die Grenzen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes hinaus gegangen sein. Auch wenn darüber ein letztes Urteil erst mit der Bekanntgabe des im Zusammenhang mit Naumann vorliegenden Materials möglich ist, spricht der Eifer, mit dem die DP in Nordrhein-Westfalen führende Leute suspendierte und sich dann zu noch weitgehenderen Konsequenzen entschloß, für die Richtigkeit der Informationen. Erst einmal ist zu registrieren, daß der extreme rechte Flügel der DP seinem Sieg von Goslar über die konservative Gruppe einen Erfolg über die rechtsradikale Konkurrenz folgen ließ und somit seine Stellung nach beiden Seiten untermauerte. Daß der Herr Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesrates einmal mehr nicht erkennt, daß sein Parteidirektorium aus anderen als seinen Gründen einen neuen nordrhein-westfälischen Landesverband will, ändert an der wirklichen Lage der Dinge nichts. Aber das wird Hellwege erst erkennen, wenn sein "Parteivorsitz von Seeborns Gnaden" nicht erneuert wird und sich einmal mehr bestätigt hat, wohin in einer Demokratie die Bündnisse mit "destruktiven Elementen" führen.

+ + +

Befremdende Entscheidung gegen Konsumgenossenschaft

Die Wiedergutmachungskammer Bielefeld unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Althoff hat den Rückerstattungsanspruch der Konsumgenossenschaft Bielefeld, der Nachfolgeorganisation des früheren Bielefelder Konsumvereins, auf ungerechtfertigt entzogenes Eigentum zurückgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß "die Konsumgenossenschaft nicht als Nachfolgeorganisation des früheren Konsumvereins anerkannt" werden könne.

Der Konsumverein war Ende 1935 zur Selbstauflösung gezwungen, da die NS-Verfolgungsmaßnahmen zu einem katastrophalen Umsatzrückgang führten. Einen Sanierungsvorschlag der Gemeinnützigen Einkaufsgenossenschaft hatte der damalige Reichswirtschaftsminister mit der Begründung abgelehnt: "Der rote Konsumverein in Bielefeld hat zu verschwinden". Dazu lesen wir in der Bielefelder "Freien Presse":

"Man faßt sich an den Kopf und fragt sich verzweifelt, ob hier die Zeit der NS-Gewaltherrschaft verschlafen wurde. Während jedes Kind von damals weiß, daß die Konsumläden verfeuert wurden, daß man ihnen auf

kaltem Wege den Garaus machte, ist die Wiedergutmachungskammer der Ansicht, daß der Umsatzrückgang "nicht auf Verfolgungsmaßnahmen zurückzuführen" sei. Der Bielefelder Konsumverein sei in seiner Werbetätigkeit und überhaupt in seiner Geschäftstätigkeit nicht, "keinesfalls aber in einer ins Gewicht fallenden Weise", behindert worden! Die Konsumgenossenschaft habe zwar vorgebracht, daß im Januar 1933 in einer Verteilungsstelle eine Schaufensterscheibe eingeschlagen und zur gleichen Zeit in einer anderen Verteilungsstelle durch zwei Schüsse zwei Schaufensterscheiben zertrümmert wurden. Vor einzelnen Konsumläden sollten auch Posten gestanden haben, um die Mitglieder am Kauf zu hindern. Die Wiedergutmachungskammer meint aber, daß "diesen einzelnen Vorfällen...wenn sie sich nicht überhaupt gegen jüdische Geschäfte gerichtet haben sollten, für die Umsatzentwicklung ein beachtliches Gewicht nicht zukommt".

Die Kammer glaubt auch nicht, daß die konsumfeindlichen Äußerungen führender Parteifunktionäre und staatlicher Dienststellen den Umsatz des Bielefelder Konsumvereins beeinträchtigt haben. Sie sagt-darüber kann man nur staunen-: "Es ist zunächst einmal gar nicht gewiß, ob die Regierung und die NSDAP tatsächlich den Konsumgenossenschaften gegenüber eine eindeutig ablehnende Haltung eingenommen haben, gegebenenfalls in welchen Zeitabschnitten diese etwa hervortrat. Nach dem von beiden Seiten vorgelegten Beweismaterial scheint innerhalb der Staatsverwaltung und auch der NSDAP eine einheitliche Meinung über die Konsumgenossenschaften nicht bestanden zu haben. Auf den Umsatzrückgang des Bielefelder Konsumvereins hätte sich eine solche Haltung von Partei und Staat aber allenfalls dann auswirken können, wenn sie den breiten Käuferschichten des Konsumvereins bekanntgewesen wäre. Das kann die Kammer nicht annehmen."

Die Wiedergutmachungskammer hat sich aber bemüht, andere Gründe für den Umsatzrückgang zu finden, mögen sich auch wie an den Haaren herbeigezogen wirken. Sie meint, der Konsumverein habe seine Mitglieder "verärgert" und deshalb hätten sie woanders gekauft, und im übrigen hätten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Käufer nach 1933 so gebessert, daß sie es sich leisten konnten, ihre Einkäufe zu höheren Preisen in den Einzelhandelsgeschäften zu tätigen.

Es ist ja wohl selbstverständlich, daß gegen den Beschluß der Wiedergutmachungskammer, wonach der Konsumgenossenschaft die Wiedergutmachung verweigert wird, Beschwerde eingelegt wird und das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen ist.